

DAS DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS DER TÜRKISCHEN GERECHTIGKEITS- UND ENTWICKLUNGSPARTEI (AKP)

Theorie und Praxis

CEMAL KARAKAS || Gestartet als konservativ-marktliberale und pro-demokratische Sammlungs- und Modernisierungsbewegung, hat sich die Regierung Erdogan in den letzten Jahren zunehmend autoritarisiert und einseitig auf die Präferenzen der sunnitischen Stammwählerschaft fokussiert. Diese Diskrepanz ist durch den innerparteilichen Mangel an liberal-demokratischem Gedankengut sowie durch diverse Defekte im kemalistisch geprägten politischen System begünstigt worden.¹

EINLEITUNG

Als im Juli 2008 das Verbotverfahren gegen die religiös-konservative Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) vom obersten türkischen Gericht eingestellt worden war und die Partei von Premierminister Recep Tayyip Erdogan im Juni 2011 zum dritten Mal in Folge die absolute Mehrheit bei den Parlamentswahlen gewonnen hatte, war das politische und mediale Echo jeweils sehr groß. Viele Beobachter sahen den historischen Wandel in eine post-kemalistische Ära vollzogen.²

Dieser politische Wandel ist Ausdruck der Erosion des Kemalismus³ sowie der innerstaatlichen Machtverschiebung und ist von Widersprüchlichkeiten geprägt: Erstens führte die Reformpolitik der AKP-Regierung im Zuge des Beitrittsprozesses zur Europäischen Union (EU) zu einem Demokratisierungsschub, der u. a. eine Einschränkung der Vorrechte der alten kemalistischen Staatseliten⁴ zur Folge hatte. Gleichzeitig kam es zu einer Stärkung der muslimischen Identität des Landes sowie zu autoritären Tendenzen, die westlich-liberale Werte (z. B. Pressefreiheit, Säkularismusprinzip, Minderheitenrechte) in Frage stellen. Zweitens hat die Regierung Erdogan mit ihrer

liberalen Wirtschaftspolitik wesentlichen Anteil am rasanten ökonomischen Aufstieg des Schwellenlandes Türkei zu einer „emerging power“ – gleichzeitig wird der Regierung eine Klientelpolitik unterstellt, in welcher einseitig pro-islamische Unternehmer profitieren sollen.

Warum es zu diesen widersprüchlichen Politiken seitens der AKP-Regierung kommt und wie diese Widersprüche zu erklären sind, ist der Gegenstand dieses Aufsatzes.

„KONSERVATIVE DEMOKRATIE“: ZUM POLITIK- UND DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS DER AKP IN DER THEORIE

Die AKP sieht sich selbst nicht als eine islamistische,⁵ sondern als religiös-konservative Partei, die in der Tradition von Turgut Özal's Mutterlandspartei (ANAP) im politischen Mitte-Rechts-Lager zu verorten ist. Dabei propagiert sie einen „Modernen Konservatismus“ oder „Neo-Konservatismus“, der sich von Necmettin Erbakans Islamismus der Wohlfahrtspartei (RP) in den 1990er-Jahren abgrenzt. Ihr politisches Programm bezeichnet die AKP als „Konservative Demokratie“ (türkisch: „Muhafazakar Demokrasi“), es hat die Synthese von Konservatismus und Demokratie zum

Ziel. Das ideologische Konzept hierzu wurde von Yalcin Akdogan verfasst.⁶ Darin ist keine islamistische Ideologie per se vorzufinden, gleichwohl wird auf die tiefe Verankerung des (sunnitischen) Islam in der türkischen Gesellschaft verwiesen – dieser Islam war immerhin viele Jahrhunderte Grundlage der sozialen und kulturellen Ordnung des Osmanischen Reiches gewesen.

Da der Glaube auch das Wahlverhalten beeinflusse, sei die AKP, laut Akdogan, zwangsläufig dem Islam bzw. dem islamisch geprägten Wähler verpflichtet. Ganz in Einklang mit der kemalistischen Ideologie wird dabei der sunnitische Mehrheitsglauben als identitätsstiftendes Element angesehen. Das Konzept von Akdogan propagiert in diesem Zusammenhang eine Neuauslotung der Beziehung zwischen Staat, Religion und Demokratie sowie von Tradition und Moderne. Ziel ist die (Wieder-)Annäherung zwischen dem Staat und seinem Volk sowie zwischen der lokalen, nationalen und globalen Ebene, welche im Zuge der kemalistischen Reformen und Politiken sowie der Globalisierung verloren gegangen sein soll.

Interessant ist auch der Blick auf das Wechselspiel von Politik und Religion: So wird der Religionsfreiheit ein höherer Stellenwert zugestanden als dem Prinzip des Laizismus. Staat und Kirche können nach Auffassung der AKP strukturell voneinander getrennt sein, allerdings nicht Religion und Politik. Wie bei Özal, der als Premierminister die berühmten Worte sagte: „Der Staat ist laizistisch, ich bin es nicht“, bekennt sich auch die AKP-Führungsriege dazu, aus praktizierenden Muslimen zu bestehen. Im Gegensatz zur kemalistischen Republikanischen Volkspartei (CHP) glaubt die AKP daran, dass die Religion, genauer gesagt der sunnitische Mehrheitsglaube, durchaus als Katalysator bei der Modernisierung von Politik, Gesellschaft und Kultur fungieren kann. Interessant sind hier die Parallelen zum US-amerikanischen und auch deutschen Säkularismusverständnis, wonach Gedankenanstöße und Werte, die aus der Religion stammen, ganz selbstverständlich in die Politik einfließen können. Die wirtschaftliche und soziale Modernisierung muss in traditionelle und religiöse Werte sowie Moralvorstellungen der Gesellschaft eingebettet sein, um sich aus sich selbst heraus zu legitimieren. In einem solchen Säkularismusverständnis wird der Religion eine wichtige Rolle zugestanden.

In Akdogans Manifest wird der traditionelle Konservatismus wegen seiner restriktiven Haltung zu Modernität, Fortschritt und Entwicklung kritisiert. Im Gegensatz dazu wird für das 21. Jahrhundert ein „Neo-Konservatismus“ postuliert, der Demokratie, freie Marktwirtschaft und Werteorientierung anstrebt. Einen besonderen Stellenwert in diesem Denken genießt die Fokussierung auf Familie, Erziehung, Bildung und Leistungsorientierung – auch hier lassen sich interessante Parallelen zu den deutschen Christdemokraten ausmachen.

Diese Aspekte schlugen sich im AKP-Parteiprogramm von 2001 nieder. Neben der Werteorientierung werden Demokratisierung, Menschenrechte, freie Marktwirtschaft (u. a. durch Liberalisierung und Privatisierung) sowie der EU-Beitritt der Türkei als wichtige Ziele genannt. Darüber hinaus wird Laizismus nicht als Kontrolle, sondern als Neutralität des Staates gegenüber allen Religionen aufgefasst. Zudem besteht die AKP nicht mehr auf der Forderung nach der Einführung einer „Gerechten Ordnung“ (türkisch: „Adil Düzen“), wie sie von Erbakans Wohlfahrtspartei in den 1990ern gefordert wurde.⁷ Das Konzept der „Gerechten Ordnung“ umschrieb weder eine islamistisch geprägte politische Ordnung oder Jurisprudenz (deren Einführung in der Türkei ohnehin verboten ist), noch stellte es die republikanischen Grundprinzipien des Landes in Frage. Allerdings kritisierte es die Art und Weise der Republikgründung, die einhergegangen sein soll mit einer „ungerechten“ (d. h. unislamischen) Politik. Damit hatte die RP in den 1990ern indirekt das kemalistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell angegriffen, das ökonomische und soziale Ungleichheiten, Korruption und Sittenverfall begünstigt haben soll. Die „Gerechte Ordnung“, so wurde postuliert, könne durch die Stärkung der islamischen Identität und Moral eine soziale, friedfertige und fleißige Gesellschaft schaffen. Hier sind gewisse Parallelen zum Konzept von Akdogans „Konservativer Demokratie“ auszumachen.⁸

REGIERUNGSÜBERNAHME DER AKP: POLITIK UND DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS IN DER PRAXIS

Die AKP stieß mit ihrem Parteiprogramm von 2001 sowie ihrer pro-westlichen Orientierung auf breite Zustimmung und gewann, nur ein Jahr nach ihrer Gründung, die vorgezogenen Parlamentswahlen im November 2002 mit 34,4 %. Überproportional begünstigt durch die mit 10 % europaweit höchste Wahlhürde, erhielt Erdogans Partei mit nur einem Drittel der Wählerstimmen fast zwei Drittel der Parlamentssitze. Aufgrund dieser enormen Verzerrung des Wählerwillens konnte die AKP eine Ein-Parteien-Regierung aufstellen. Bei ihrem Wahlsieg profitierte sie nicht nur von diesem Demokratiedefekt, sondern auch von der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise in der Geschichte der Türkei, die das Land Anfang 2001 erschütterte und viele Protestwähler zur Folge hatte.⁹

Insgesamt konnte die AKP, die sich als konservativ-reformistische, marktliberale und pro-europäische Sammelbewegung präsentiert hatte, nicht nur Wählerstimmen aus dem sunnitischen Wählermilieu, sondern auch von EU-Beitrittsbefürwortern, Liberalen, der Wirtschaft, den Bewohnern der großstädtischen Slums sowie von Aleviten¹⁰ und Kurden gewinnen und somit einen deutlich breiteren gesellschaftlichen Querschnitt für sich reklamieren als die islamistische Wohlfahrtspartei in den 1990ern.¹¹

Zu den größten politischen Erfolgen der AKP zählen ihre Europapolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. In Bezug auf den EU-Beitrittsprozess wurden weitreichende Demokratisierungsmaßnahmen beschlossen – allein im Zeitraum von Dezember 2002 bis August 2003 wurden über 50 Verfassungs- und Gesetzesänderungen im Parlament verabschiedet, darunter die Abschaffung der Todesstrafe, die Stärkung der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau, die Liberalisierung des Strafrechts und eine (moderate) Stärkung der Minderheitenrechte. Auch der Nationale Sicherheitsrat, der vom Militär nach dem Putsch von 1960 als ein die Politik kontrollierendes Beratungsorgan eingeführt worden war, wurde reformiert und de jure in eine beratende Institution umgewandelt. Zudem ist der Generalsekretär dieses Gremiums nicht mehr ein Offizier, sondern ein Zivilist – seitdem hat

die Politik die Stimmenmehrheit im Sicherheitsrat. Darüber hinaus unterliegen die Finanzen des Militärs nunmehr offiziell der Kontrolle des Rechnungshofs.¹²

Mit Blick auf die Wirtschaftspolitik konnte die AKP-Regierung das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen von 3.500 USD (2002) auf über 10.500 USD (2012) verdreifachen. Der finanzpolitische Konsolidierungskurs der Regierung Erdogan führte dazu, dass die Inflation, zum ersten Mal seit über 30 Jahren, auf unter 10 % fiel.¹³ Darüber hinaus reformierte die Regierung Erdogan im Rahmen ihrer Sozialpolitik die Renten- sowie Arbeitslosenversicherung und führte eine gesetzliche Krankenversicherung ein. Letztere ist gerade von ärmeren Bevölkerungsschichten positiv aufgenommen worden.

Aufgrund ihrer politischen Erfolge konnte die AKP auch die Parlamentswahlen 2007 und 2011 gewinnen. Dabei erhöhte sie ihren Stimmenanteil sukzessive von 34,4 % (2002) auf 46,6 % (2007) und auf 49,8 % (2011) – ein historischer Wahlerfolg, den keine andere Partei in der Türkei vorweisen kann.

Doch trotz oder wegen der Erfolge der neuen islamischen Eliten ist in den letzten Jahren ein Macht- und Kulturkampf mit den alten säkular-kemalistischen Staatseliten ausgebrochen. Gegenstand dieses Machtkampfes sind insbesondere zwei Vorwürfe, mit denen die AKP-Regierung konfrontiert ist, nämlich den der Islamisierung von Staat und Gesellschaft sowie des Reformstopps und der Autoritarisierung zur Absicherung der eigenen Macht – in diesem Kontext spielen auch die kemalistischen Systemdefekte eine wichtige Rolle:

Beim Vorwurf der Islamisierung geht es u. a. um den von den Oppositionsparteien gemachten Vorwurf der islamischen Täuschung, der „Takkiye“, also des Verbergens des eigenen Glaubens mit dem Ziel, ein in der Regel politisches Ansinnen (im Falle Erdogans die Islamisierung von Staat und Gesellschaft)¹⁴ heimlich und somit konfliktfrei zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird auf die Besetzung zentraler Stellen des Staatsapparates (Ministerien, Justizbehörden, Militär, Polizei, etc.) durch AKP-Politiker und -Sympathisanten rekurriert. Doch auch die Bevorzugung muslimischer Unternehmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe oder die stärkere Rückkehr der Religion

in den öffentlichen Raum, der Ausbau der staatlichen Koranschulen, die sukzessive Verbannung alkoholischer Getränke aus den Kantinen staatlicher Behörden, die Einschränkung von Alkoholausschank in AKP-regierten Kommunen bzw. die drastische Erhöhung der Verbrauchersteuern auf alkoholische Getränke, die (inzwischen zurückgezogene) Gesetzesinitiative zur Bestrafung des Ehebruchs sowie der mancherorts auf lokaler Ebene artikulierte (bisher erfolglose) Vorschlag, öffentliche Parks und Strände nach islamischen Kriterien in Männer- und Frauenbereiche einzuteilen, schüren Ängste vor einer Islamisierung bzw. „Iranisierung“ der Türkei.¹⁵

Diese Ängste, aber auch die Furcht der kemalistischen Staatselite vor dem Verlust ihrer jahrzehntelangen Prärogative über staatliche Ressourcen, hatten im Frühjahr 2007 eine Putschdrohung des Nationalen Sicherheitsrates via Internet, das so genannte E-Memorandum, gegen die Präsidentschaftskandidatur Abdullah Güls, dessen Frau das islamische Kopftuch „Türban“ trägt, sowie vorgezogene Parlamentswahlen im Juli 2007 zur Folge.

Seit Gül im August 2007 vom Parlament zum Staatspräsidenten gewählt wurde, bekleidet die AKP die beiden höchsten Ämter im Staat. Der Versuch der Regierung, das kemalistische Interpretationsmonopol über religiöse Symbole aufzubrechen und das Kopftuch-Verbot im Frühjahr 2008 durch eine Verfassungsänderung aufzuheben, zog ein Parteiverbotsverfahren nach sich, das jedoch im Sommer 2008 eingestellt wurde. Das Verfassungsgericht wies die Anschuldigung, dass die AKP eine Gefahr für die demokratische Grundordnung darstelle, in einem knappen Urteil (sechs der elf Richter stimmten für Verbot, notwendig wären sieben Stimmen gewesen) zurück. Das Oberste Gericht erklärte jedoch, es habe Anzeichen dafür gegeben, dass die AKP „ein Zentrum anti-laizistischer Aktivitäten“ gewesen sei, und empfahl, der Partei 50 % ihrer staatlichen Parteienfinanzierung zu streichen.¹⁶

In der zweiten Legislatur der AKP-Regierung (2007-2011) wurden die negativen Seiten ihrer Ein-Parteien-Dominanz besonders deutlich: Es kam, bedingt durch die Politisierung des EU-Beitritts der Türkei (Stichwort: „Privilegierte Partnerschaft“) in Teilen Europas, aber auch infolge der Weigerung Ankaras, Zypern anzuerkennen,

zu einem Quasi-Erliegen des EU-Reformprozesses. Problematisch war in Bezug auf Politik und Wirken der Regierung Erdogan auch die einseitige Durchsetzung der Präferenzen der sunnitischen Stammwählerschaft sowie die sukzessive Autoritarisierung.¹⁷ So wurde die im Wahlkampf 2007 versprochene Einführung einer zivilen und liberalen Verfassung in der zweiten Legislatur nicht realisiert, sondern lediglich Teile der bestehenden (Militär-)Verfassung von 1982 in einem Volksreferendum im September 2010 abgeändert. In diesem Zusammenhang konnte die Regierung Ende 2010 die Aufhebung des Kopftuch-Verbots für Studentinnen durch eine Regeländerung des Obersten Hochschulrates (YÖK) doch noch erreichen.¹⁸

Mit Blick auf die Reformierung des kemalistischen Nationalismusprinzips bzw. einer Stärkung der Minderheitenrechte der Christen, Aleviten und Kurden konnte die AKP zwar größere Erfolge erzielen als die Vorgängerregierungen, dennoch genügen sie nicht den Standards der Europäischen Union. Die größten Fortschritte wurden in der Kurden-Frage erreicht. Unter dem Motto „Kürt Acilimi“ („Kurdische Öffnung“) kam es zu einer Ausweitung der kulturellen Rechte der Kurden – so sind nun der Gebrauch der kurdischen Sprache in den Medien und bei Wahlkämpfen sowie der Kurdisch-Unterricht in Privatschulen erlaubt. Zudem bietet die Ende 2012 bzw. Anfang 2013 erreichte Übereinkunft zwischen der AKP-Regierung und dem inhaftierten ehemaligen Führer der kurdischen Untergrundorganisation PKK, Abdullah Öcalan, die Chance auf eine nachhaltige friedliche Lösung des Konflikts.

Prekär ist auch nach wie vor die Situation der größten religiösen Minderheit in der Türkei, der Aleviten. So müssen alevitische Schüler weiterhin am sunnitischen Religionsunterricht, der bis zum Putsch von 1980 fakultativ war, im Interesse einer – wohlgemerkt kemalistisch angeordneten – staatlichen Homogenisierungs- bzw. Sunnisierungspolitik teilnehmen, was im Sinne der AKP ist. Zudem gibt es nach wie vor keine offizielle Anerkennung des alevitischen Glaubens oder staatliche Förderung ihrer Kultur- und Gebetsstätten.

Bezüglich der Meinungs- und Pressefreiheit wurde auch der umstrittene Paragraph 301 des Strafgesetzbuchs zum „Schutz der türkischen Nation“ nur marginal reformiert. Diese Bestimmung erschwert, wie u. a. der Literaturnobelpreisträger

Orhan Pamuk 2005 prominent feststellen musste, eine kritische Auseinandersetzung mit der Aufarbeitung der heiklen türkisch-kurdischen und türkisch-armenischen Vergangenheit. Darüber hinaus begünstigt der Paragraph auch die zunehmende Autoritarisierung der Regierung Erdogan, wie die Internet-Zensur (z. B. das langjährige Verbot von YouTube wegen anti-islamischer Propaganda oder Beleidigung von Staatsgründer Atatürk) oder die juristische Auseinandersetzung mit der AKP-kritischen Dogan-Media-Group, bekannt für die auch in Deutschland erscheinenden Tageszeitungen *Hürriyet* und *Milliyet*, demonstrieren.

Prägnant war die Autoritarisierung der Regierung Erdogan auch im Zuge der Aufdeckung eines (mutmaßlichen) Putschkomplots des „Tiefen Staats“¹⁹ (türkisch: „Derin Devlet“) und seiner Geheimorganisation „Ergenekon“ im Sommer 2008. Dabei hat die Regierung direkten Einfluss auf die Ermittlungen der Justiz bzw. ihr nahestehende Staatsanwälte und Polizeikräfte genommen und die Verhaftungen dafür genutzt, unliebsame Kritiker zu diskreditieren. So wurden im Fahrwasser der „Ergenekon“-Ermittlung nicht nur etliche aktive und pensionierte Militärs wegen Putschverdachts festgenommen, sondern auch Zivilisten, darunter Politiker, Wissenschaftler und Journalisten. Allein gegen Journalisten gab es 2011 über 4.000 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.²⁰

Problematisch ist ebenso die Entscheidung der Regierung Erdogan, im Zuge der Verfassungsreformen vom September 2010 den Einfluss der Exekutive auf die Judikative beizubehalten sowie, entgegen ihrem Wahlversprechen, die 10-%-Wahlhürde doch nicht abzusenken – offiziell, um die politische Stabilität zu wahren und eine Fragmentierung der Parteienlandschaft zu verhindern, tatsächlich aber wohl aus dem Kalkül heraus, auch bei künftigen Parlamentswahlen wieder überproportional von ihr zu profitieren.

Auch die mangelnde Gewaltenteilung wurde im Zuge der Verfassungsreform von der türkischen Regierung beibehalten. So kann künftig der Staatspräsident über 16 der 19 Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes entscheiden, 7 von ihnen kann er nach seinem persönlichen Ermessen direkt ernennen. Dies verstärkt den Einfluss der Exekutive auf die Judikative und unterminiert die Gewaltenteilung.

Wie diese Beispiele zeigen, begünstigen auch die kemalistischen Systemdefekte – wie die 10-%-Hürde, der Paragraph 301 oder die mangelnde Gewaltenteilung – die Autoritarisierung der AKP-Regierung sowie die Absicherung ihrer Macht und führen zu einer weiteren Perpetuierung systemimmanenter Demokratiedefizite in der Türkei.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Türkei ist durch einen widersprüchlichen Transitionsprozess und durch ein instrumentelles Demokratieverständnis geprägt. Demokratie wird als machtpolitisches Mittel verstanden, vorrangig eigene Interessen und Präferenzen durchzusetzen und weniger als eine Norm, die auch Andersdenkende gleichermaßen berücksichtigt. Dieses kemalistisch politisch-juristische Setting gibt der AKP ihren Handlungsspielraum vor, gleichzeitig prägt die AKP dieses Setting.

Es steht außer Frage, dass Erdogans Partei die erfolgreichste Partei in der Geschichte der Türkei ist – ihre drei Wahlerfolge, in denen sie jeweils die absolute Mehrheit erzielen konnte, sowie der wirtschaftliche Aufschwung belegen das. Gleichwohl polarisiert die Politik von Premierminister Erdogan. Zwar hat sie im Zuge des EU-Reformprozesses und im Rahmen der Verfassungsänderungen von 2010 die Verfassungsstaatsbürgerschaft, Pluralität und Gleichheit vor dem Gesetz gestärkt. Allerdings geht dieser Demokratisierungsprozess auch unweigerlich mit einer Emanzipation und Stärkung konservativer Strömungen einher. Doch ohne deren implizite Einbeziehung ist, wie Günter Seufert richtig feststellt, eine weitere Demokratisierung der Türkei nicht zu haben.²¹

Doch weder die drei Wahlsiege noch der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen, den die AKP mit ihrer EU-Reformpolitik erreichen konnte, sind ihre größten Erfolge, sondern der eingeleitete Paradigmenwechsel: Unter Atatürk wurde der Islam als rückschrittlich und modernisierungsfeindlich angesehen, der Kemalismus war der wichtigste Motor für den Modernisierungs- und Verwestlichungsimpetus der Türkei. Unter der AKP ist das nicht mehr der Fall: Ihr größter Erfolg ist es, dass inzwischen der Islam als Modernisierungsfaktor angesehen wird. Allerdings unterscheidet die AKP zwischen Modernisierung und Verwestlichung – dies wurde unter Atatürk noch

synonym angesehen. Doch gerade diese Trennschärfe determiniert die Grenzen für das Demokratieverständnis der AKP und offenbart einen Mangel an werte-liberalem Gedankengut. Gleichzeitig geht damit ein Populismus einher, der oft in einer Politisierung der Religion mündet und Ängste vor einer Islamisierung der Türkei schürt.

Darüber hinaus ist deutlich geworden, dass ironischerweise gerade die kemalistischen Systemdefekte (z. B. 10%-Hürde, mangelnde Gewaltenteilung, etc.) die nicht-intendierte Autoritarisierung der AKP-Regierung sowie die Absicherung ihrer Macht begünstigen. Das Beispiel der defekten Demokratie Türkei zeigt, dass auch islamische Regierungsparteien – wenn sie selbst von bestimmten Systemdefekten profitieren können – bestrebt sind, ihre Macht zulasten einer Konsolidierung der Demokratie abzusichern.

|| DR. CEMAL KARAKAS

Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Lehrbeauftragter der Goethe-Universität Frankfurt am Main

ANMERKUNGEN

- 1 Dieser Text basiert auf einem Vortrag des Autors bei der Hanns-Seidel-Stiftung im April 2013. Einige Teile des Aufsatzes wurden bereits in anderen Publikationen verwendet. Aus technischen Gründen werden im Folgenden alle türkischen Namen und Begriffe in der gängigen deutschen Schreibweise wiedergegeben. Der Dank des Autors geht an Mathias Roth und Oliver Bonn für deren gehaltvolle Zuarbeit.
- 2 Hale, William / Özbudun, Ergun: *Islamism, Democracy and Liberalism in Turkey. The Case of the AKP*, London 2010; Jung, Dietrich: *Auf dem Weg in eine neue Republik? Die Türkei nach dem Rücktritt des Generalstabs*, GIGA-Fokus 8, Hamburg 2011; Kramer, Heinz: *Türkische Turbulenzen. Der andauernde Kulturkampf um die „richtige“ Republik*, in: *SWP-Studie S 11/2009*; vgl. auch: *Erdogans Wahlsieg – nicht in allerbesten Verfassung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 14.6.2011.
- 3 Mit Kemalismus werden die von Staatsgründer Mustafa Kemal (Atatürk) 1931 formulierten Prinzipien seiner Gesellschafts- und Staatsdoktrin umschrieben: Republikanismus, Nationalismus, Populismus, Etatismus, Laizismus und Revolutionismus bzw. Reformismus. Republikanismus bedeutet, dass die Türkische Republik auf dem Prinzip der Volkssouveränität basiert und nicht mehr auf dem elitären Padischah-System, das kennzeichnend war für die osmanische Monarchie. Mit Nationalismus ist gemeint, dass die Republik aus dem Nationalstaatsgedanken heraus gegründet wurde und die türkische Nation ihr Staatsvolk ist. Populismus beschreibt die Notwendigkeit des Volkes, sich samt seiner Rechte und Pflichten am Staat zu beteiligen. Etatismus umschreibt die bis 1980 dirigistische und etatistische türkische Wirtschaftspolitik. Laizismus bedeutet die Trennung von Staat und Religion. Mit Revolutionismus bzw. Reformismus ist die ständige Anpassungsfähigkeit der Türkei an Europa und den Westen gemeint. Vgl. Steinbach, Udo: *Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas*, Bergisch-Gladbach 1996, S. 139-142; Parla, Taha: *Kemalism*, in: *Encyclopedia of the Modern Middle East*, New York 1991.
- 4 Mit kemalistischen Staatseliten werden Institutionen bezeichnet, die sich zum Schutz der kemalistischen Prinzipien verpflichtet haben. Darunter fallen u. a. das Militär sowie Teile der Judikative, z. B. das Verfassungsgericht und der Generalstaatsanwalt. Die Kompetenzen und Einwirkungsmöglichkeiten dieser Institutionen auf die Politik sind beträchtlich und äußerten sich bisher in drei Putschen (1960, 1971, 1980) und in zahlreichen Parteiverboten.
- 5 Die Begriffe islamistisch bzw. Islamismus bezeichnen – im Gegensatz zu islamisch oder muslimisch – eine Ideologie, in welcher der Islam das zentrale Merkmal einer politischen Identität ist. Hierbei werden politische und ethische Herrschaftsansprüche mit dem Verweis auf die „Allgemeingültigkeit“ des Koran legitimiert. Das gesamte öffentliche Leben (z. B. Rechtsprechung, Kultur, Bildung, Wirtschaft) ist so nach religiösen Vorgaben zu gestalten, dass es mit der Scharia in Einklang steht. Vgl. Esposito, John L.: *Islamic World. Past and Present*, New York 2004.
- 6 Yalcin, Akdogan: *Muhafazakar Demokrasi*, Ankara 2003; Yalcin, Akdogan: *AK Parti ve Muhafazakar Demokrasi*, Istanbul 2004.
- 7 Vgl. Ayata, Sencer: *Patronage, Party, and State. The Politicization of Islam in Turkey*, in: *Middle East Journal* 1/1996, S. 40-56, hier S. 44 f; Yürüsen, Melih / Yayla, Atilla: *Die Türkische Wohlfahrtspartei*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien 134, Sankt Augustin 1997, S. 35-45.
- 8 Weiterführend zum Ideologiewandel von der RP zur AKP siehe Yavuz, M. Hakan: *Islamic Political Identity in Turkey*, London 2003; Dagı, İhsan: *Turkey Between Democracy and Militarism. Post Kemalist Perspectives*, Ankara 2008.
- 9 Auslöser der Krise war die Ende 2000 vorgelegte Analyse des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum türkischen Bankensystem, welche gravierende Missstände sowie ungedeckte Verbindlichkeiten von rund 20 Mrd. USD bei den Staatsbanken aufgedeckt hatte. Die Medien hatten zur selben Zeit Korruption,

Vetternwirtschaft sowie Schmiergeldzahlungen zwischen Banken und Mitgliedern etablierter Parteien enthüllt und eine Vertrauenskrise in Bezug auf die Politik ausgelöst. Daraufhin erlebte die Türkei im März 2001 den größten volkswirtschaftlichen Zusammenbruch in ihrer Geschichte: Das Wirtschaftswachstum fiel um 15 % zum Vorjahr und lag 2001 bei -7,5 %; die Lira verlor über die Hälfte ihres Wertes gegenüber dem US-Dollar; das Realeinkommen der abhängig Beschäftigten sank um 20 %; der gesetzliche monatliche Mindestlohn fiel von 156 auf 100 USD; 50.000 Firmen aus dem Einzelhandel und Kleingewerbe mussten Konkurs anmelden; 1,5 Mio. Menschen wurden seit Februar 2001 zusätzlich arbeitslos. Die Lage war so gravierend, dass der Generalstab auf die Gefahr einer drohenden sozialen Explosion hinwies. Vgl. Moser, Brigitte / Weithmann, Michael W.: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, Regensburg 2002, S. 329 f.

- ¹⁰ Das Alevitentum ist Ergebnis einer religionsgeschichtlichen Entwicklung, die im 13. / 14. Jahrhundert muslimische, christliche und gnostische Elemente aufnahm und zu einer autonomen Glaubensgemeinschaft führte. Die Unterschiede zum sunnitischen Mehrheitsislam sind beträchtlich: So gelten die „Fünf Säulen“ des sunnitischen Islam nicht für Aleviten; zudem beten sie nicht in Moscheen, sondern in eigenen Gemeindehäusern. Beim religiösen Kult gibt es keine Geschlechtertrennung, die Verschleierung der Frau ist nicht vorgesehen. Im Osmanischen Reich wurden die Aleviten als Häretiker bezeichnet und von der sunnitischen Staatsführung verfolgt. Auch nach der Gründung der türkischen Republik gab es u. a. in den 1970er- und 1990er-Jahren vereinzelt Pogrome gegen die alevitische Gemeinde. Vgl. Engin, Ismail / Franz, Erhard (Hrsg.): *Aleviler / Alewiten 1, Identität und Geschichte*, Hamburg 2000.
- ¹¹ Özel, Soli: Turkey at the Polls. After the Tsunami, in: *Journal of Democracy* 2/2003, S. 80-94.
- ¹² Aydin, Senem / Keyman, E. Fuat: European Integration and the Transformation of Turkish Democracy, Centre for European Policy Studies, in: *EU-Turkey Working Paper 2/2004*, S. 19-22, hier S. 19 f; Cavdar, Gamze: *Islamist New Thinking in Turkey. A Model for Political Learning?*, in: *Political Science Quarterly* 3/2006, S. 477-497, hier S. 488.
- ¹³ Vgl. hierzu die Datenbank des Info-Portals „Invest in Turkey“, <http://www.invest.gov.tr/de-DE/turkey/factsandfigures/Pages/Economy.aspx>, Stand: 20.6.2013.
- ¹⁴ In diesem Zusammenhang wird von Gegnern der AKP oft auf eine öffentliche Aussage von Erdogan verwiesen, die seine Demokratiefeindlichkeit demonstrieren soll. 1998 hatte Erdogan in seiner Zeit als Istanbul Oberbürgermeister ein Gedicht von Ziya Gökalp zitiert, worin es u. a. heißt: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ Obwohl dieses Zitat in vielen Schulbüchern steht, wurde Erdogan im September 1998 wegen „Aufstachelung zur Feindschaft auf Grund von Klasse, Rasse, Religion oder regionalen Unterschieden“ zu zehn Monaten Haft verurteilt, wovon er vier im Gefängnis absaß.
- ¹⁵ Vgl. Karakas, Cemal: Türkei. Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), in: *HSFK-Report 1/2007*, S. 32; Toprak, Binnaz / Bozan, Irfan / Morgül, Tan / Sener, Nedim: *Türkiye’de Farklı Olmak. Din ve Muhafazakarlık Ekseninde Ötekileştirilenler*, Istanbul 2008.
- ¹⁶ Karakas, Cemal: Die AKP – Aufstieg, Wirken und Beinahe-Verbot einer türkischen Partei, in: *WeltTrends, Zeitschrift für internationale Politik* 62/2008, Bd. 16, S. 49-55; vgl. auch: Die AKP wird nicht aufgelöst, in: *FAZ*, 31.7.2008.
- ¹⁷ Müftüler-Bac, Meltem / Keyman, E. Fuat: The Era of Dominant Party Politics, in: *Journal of Democracy* 1/2012, S. 85-99.
- ¹⁸ Quiet end to Turkey’s college headscarf ban, in: *BBC News*, 31.12.2010.
- ¹⁹ Der „Tiefe Staat“ umschreibt die (gemutmaßte) Verflechtung von staatlichen Sicherheits-, Justiz- und Finanzbehörden mit Teilen der organisierten Kriminalität sowie diversen rechtsextremen Untergrundvereinigungen.
- ²⁰ Türkische Polizei nimmt zahlreiche Journalisten fest, in: *Die Zeit Online*, 21.12.2011; Mahoney, Robert: *Mission Journal. Media under growing pressure in Turkey*, Committee to Protect Journalists (CBJ) Blog, 27.7.2011, <http://cpj.org/blog/2011/07/mission-journal-media-under-growing-pressure-in-tu.php>, Stand: 20.6.2013.
- ²¹ Seufert, Günter: Mehr Demokratie oder eine Stärkung religiös-konservativer Kräfte? Das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei, in: *SWP-Aktuell* 75/2010, S. 8.